



# Solidarität

## Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei- Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint vierteljährig Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 1,25 Mark, Gebrauchs- und Veranlassungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Wochen vom 29. Juni bis 5. Juli und 6. bis 12. Juli 1919 sind die Beitragsmarken in die mit 27 resp. 28 bezahlten Hefen des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Wahlungen des Verbandes.

Die Wahl des 1. Verbandsvorsitzenden und laut Beschluß der Delegiertenkonferenz vom 20. und 21. Mai d. J. durch Abstimmung nach. Als Kandidaten sind aufgestellt worden:

1. Von der Delegiertenkonferenz der beteiligten 2. Verbandsvorsitzende und Redakteur der „Solidarität“, Kollege

**E. Müller.**

2. Von der Badstelle Berlin deren Vorsitzender, Kollege

**Ed. Wenz.**

Die Wahl hat bis 26. Juni d. J. in allen Zahlstellen nach dem im Mitgliedsbuch Nr. 22 enthaltenen Wahlvorschriften zu erfolgen.

Der Badstelle Berlin ist die Erhebung eines wöchentlichen Sozialbeitrages von 10 Pf. genehmigt worden.

**Der Verbandsvorstand.**

**J. F. C. Güter, 2. Vorst.**

### Zum Gewerkschaftskongress.

Unmittelbar vor Ausbruch des Krieges hat der vierte Gewerkschaftskongress in München getagt. Seine wichtigste Aufgabe war die Schärfung des Rückgebens der Arbeiterschaft für die drohenden Kämpfe, die von der Regierung im Grunde mit den Schanzmachern vorbereitet wurden, um die Gewerkschaften zu knebeln und die Arbeiter widerstandslos der Ausbeutung zu überliefern. Der Krieg hat die innerpolitischen Verhältnisse von Grund aus geändert. Die Durchführung der gegen die Arbeiterschaft gerichteten Knobelungsaktionen erschien nicht mehr opportun und die Zustände, welche der Krieg heraufbeschworen hat, haben die Tätigkeit der Gewerkschaften auf ganz andere Gebiete gelenkt, als auf der Münchner Tagung vorausgesehen worden war.

Dem am 30. Juni in Nürnberg zusammengetretenen zehnten Gewerkschaftskongress wird die Generalkommission einen Tätigkeitsbericht vorlegen, der viele, die das Wirken der obersten Zentralstelle der freien Gewerkschaften nicht aus näherer Anschauung kennen, durch seine Vortrefflichkeit überraschen wird. In der Tat hat die Generalkommission in Einverständnis mit den Zentralvorständen die Interessen der deutschen Arbeiter auf den verschiedenartigsten Gebieten energisch wahrgenommen. Nicht immer war ihr Wirken von Erfolg gekrönt. Sie hatte, zumal während des Krieges, mit starken Gegenströmungen zu rechnen, und eine kurzfristige Kritik machte sie für Zustände und Ereignisse verantwortlich, gegen die sie einen energischen aber vergeblichen Kampf geführt hat.

Die mannigfachen Angriffe, deren Ziel die Generalkommission und die von ihr geführte Kriegspolitik ist, haben aber im wesentlichen eine andere Ursache. Sie sind eine Folge der unheilvollen Spaltung in der deutschen Arbeiterbewegung; dieser Spaltung, welche die Kraft der Arbeiterklasse in dem Augenblick so verhängnisvoll lähmt, in dem sie als einziger Körper imstande gewesen wäre, die volle Macht zu übernehmen. Die Vorwürfe, die gegen die Generalkommission erhoben werden; bewegen sich auf dem gleichen Boden wie die, die sich gegen die Leitungen der einzelnen Gewerkschaften richten. Es ist aber kaum zu erwarten, daß sie auf dem Gewerkschaftskongress einen stärkeren Widerhall finden werden als auf den Generalversammlungen der einzelnen Organisationen. Man braucht sich nicht mit jeder einzelnen Kritik der Generalkommission einzufinden zu erklären, um rückhaltlos anzuerkennen, daß sie sich in dieser Zeit ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt und in vollem Maße ihre Pflicht getan hat.

Es liegt im Wesen der Gewerkschaftsbewegung, daß die radikale Agitationsphrase in ihr keinen Boden gewinnen kann. Dem Wirken der Gewerkschaften liegen gewiß weltanschauliche Pläne zugrunde, aber es muß auch auf unmittelbare, für die Arbeiter sofort zu erfassende Erfolge gerichtet sein. Unter den jeweils gegebenen Verhältnissen den größten Vorteil für die Arbeiter zu erlangen, das ist die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften. Sie ermöglicht es, daß Arbeiter, die verschiedenen politischen Anschauungen huldigen, in den Gewerkschaften einträchtig zusammenarbeiten. Nur wenn dieser Boden verlassen wird, droht den Gewerkschaften die Gefahr, daß sie ihre Stützkräfte und Widerstandsfähigkeit einbüßen.

Die große Umwälzung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die noch lange nicht abgeschlossen ist, zwingt natürlich auch die Gewerkschaften in ihren Mann. Stellen sie sich auch für ihre einzelnen Aktionen kürzere Ziele, so wäre ihr Wirken doch im Grunde bedeutungslos, wenn es nicht von höheren Gesichtspunkten geleitet wäre. Ueberreife Propheten haben den Gewerkschaften schon ihre Existenzberechtigung im sozialistischen Gemeinwesen abgesprochen, und vereinzelt ist sogar der Abbau der Gewerkschaften propagiert worden. Die von der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände am 26. April beschlossenen Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften, die dem Gewerkschaftskongress zur Beschlußfassung vorgelegt werden, enthalten das den Bedürfnissen der neuen Zeit angepaßte Programm der Gewerkschaften. Hier wird ausgesprochen, daß im Sozialismus die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation erblickt wird und daß dementsprechend sich die Gewerkschaften an der Durchführung des Sozialismus beteiligen wollen. Aber auch in der durchgeführten Gemeinwirtschaft wird es Gegensätze zwischen der Betriebsleitung und den Arbeitern geben, welche die Existenz der Gewerkschaften notwendig machen. Sie werden auch dann auf ihr Streikrecht nicht verzichten, wenn auch erwartet werden darf, daß sie davon nur selten Gebrauch machen müssen.

In der Gemeinwirtschaft muß das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der gesamten Produktion verwirklicht werden. Die in den einzelnen Betrieben von den Arbeitern freigewählten Betriebsräte haben im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und gestützt auf deren Macht in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen. Die Richtlinien enthalten kurze, aber prägnante Andeutungen für die Bildung von Arbeitervertretungen in den höheren Stufen der Wirtschaftsorganisation. In den Gemeindebezirken oder größeren Wirtschaftsgebieten sollen in berglicher Gliederung Arbeiterräte gewählt werden, welche sich innerhalb des ihnen zugewiesenen Rahmens in der Wirtschaftsorganisation betätigen und zugleich die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der Gewerkschaftskartelle übernehmen. Diese beschränken sich dann auf die rein gewerkschaftlichen Aufgaben und stellen die Verbindung der Gewerkschaften mit den Arbeiterräten her. Neben den örtlichen Arbeiterräten werden solche für größere Bezirke und für das Reich gebildet, die gemeinsam mit entsprechenden Vertretungen der Betriebsleiter als Wirtschaftskammern die Gemeinwirtschaft organisieren und durchführen. Die Arbeiterräte sollen nicht Organe der Gewerkschaften sein, denn diese sind als die Vertretung der reinen Arbeiterinteressen nicht geeignet, zugleich Träger der Produktion zu sein. Aber ihnen obliegt es, auf die Führung einer selbstbewußten Arbeiterpolitik innerhalb der Wirtschaftskammern hinzuwirken.

In neuerer Zeit sind die verschiedenartigsten Vorschläge für die Organisation der planmäßigen Gemeinwirtschaft und für die Tätigkeit der Arbeiterräte gemacht worden. Der Vorschlag der Zentralvorstände zeichnet sich durch Klarheit und Ueberprüfbarkeit aus, und sein besonderer Vorzug ist es, daß er das Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften als der Vertretung der reinen Arbeiterinteressen von dem der Arbeiterräte als Organen der Wirtschaftsorganisation gegeneinander abgrenzt und zugleich zeigt, wie diese Körperschaften zusammenarbeiten und sich gegenseitig ergänzen können. In engem Zusammenhang mit diesen Richtlinien stehen die gleichfalls von der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände vorgeschlagenen „Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte“. Wenn sich der Gewerkschaftskongress diesen Vorschlägen anschließt, dann erhalten diese durch die Macht der Millionen von organisierten Arbeitern, die hinter den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses stehen, ein Gewicht, dem sich die Gesetzgebung, die sich sehr bald mit diesen Dingen beschäftigen muß, nicht wird entziehen können.

Mit der Beschlußfassung über die Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes soll der bisher schon tatsächlich vorhandene Zusammenhalt zwischen den Gewerkschaften, die ihre Spitze in der Generalkommission erblicken, eine festere Form erhalten. Vorschläge zur Errichtung einer solchen festen Organisation sind schon vor langen Jahren gemacht und seither

stets wiederholt worden. Der Stand der Gesetzgebung und das Uebelwollen der Verwaltungsorgane ließen es aber bisher geraten erscheinen, der gegen die Gewerkschaften gerichteten Verfolgungswut keine neuen Handhaben zu geben. Nun sind diese Bedenken hinfällig geworden. Als Name für den Bund wird „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“ vorgeschlagen, da der früher vorgesehene Name „Deutscher Gewerkschaftsbund“ inzwischen von einer fürzlich gebildeten Arbeitsgemeinschaft der christlichen Gewerkschaften mit den Fisch-Dunderschen Gewerkschaften angenommen wurde.

Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands war der Zeitpunkt vieler Angriffe gegen die Generalkommission und die einzelnen Verbandsvorstände. In verschiedenen dem Kongreß vorliegenden Anträgen wird auch die Lösung dieser Arbeitsgemeinschaft gefordert. Dadurch, daß dieser Gegenstand als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses gesetzt wurde, ist Gelegenheit geboten, die Frage gründlich zu erörtern. Hierbei wird sich jedenfalls zeigen, wie sehr die im Unrecht sind, die in der Errichtung der Arbeitsgemeinschaft eine Preisgabe von Arbeiterinteressen erblickten.

Das riesige Anwachsen der Gewerkschaften führt notwendig zu einer starken Erweiterung des Stabes der gewerkschaftlichen Funktionäre. Dieser Umstand läßt das Bedürfnis nach der Wiedereinführung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse besonders dringend erscheinen. Nach dem Vorschlag der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände sollen diese Kurse dezentralisiert werden. Geplant ist die Einrichtung von Abendkursen in allen Städten mit über 50 000 Einwohnern. Ihr Zweck soll sein die Heranbildung einer breiten Schicht gewerkschaftlich geschulter Kräfte, die befähigt ist, die Aufgaben der Gewerkschaften durchzuführen. Es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß dieser Plan die Zustimmung des Kongresses finden wird.

Sehr aktuelle Themen sind die Sozialisierung der Industrie und Landwirtschaftliche Produktion und Ansiedlung, die nach der vorgesehene Tagesordnung gemeinsam erörtert werden sollen. Diese Fragen werden in der gesamten Öffentlichkeit sehr lebhaft diskutiert, aber die Meinungen gehen noch weit auseinander. Die Diskussion auf dem Gewerkschaftskongreß wird voraussichtlich keine endgültige Entscheidung bringen, aber sicher wird sie zur Klärung dieser ebenso wichtigen, wie schwierigen Fragen beitragen.

Mit der Regelung des Lehrlingswesens, die als besonderer Punkt auf der Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses steht, haben sich die Gewerkschaften schon öfters beschäftigt. Ihr Verlangen, in dieser Frage ein entscheidendes Wort mitzusprechen, ist aber von den Unternehmern in der Regel abgelehnt worden. Sie berufen sich auf die geltende Gesetzgebung, welche die Regelung des Lehrlingswesens so rüchständigen Gebilden wie den Innungen und den Handwerkskammern zuweist. Wir hoffen, daß bei der nicht lange mehr auszuführenden gründlichen Revision der Gewerbeordnung mit den Privilegien der Innungen auch deren Recht, das maßgebende Wort in der Lehrlingsfrage zu sprechen, verschwinden wird. Aber auch abgesehen davon gestattet die gegenwärtige Lage der Gesetzgebung bereits, den Gewerkschaften eine ausreichende Mitwirkung bei der Lösung der in Betracht kommenden Fragen einzuräumen. Diese Mitwirkung bei der Heranbildung eines leistungsfähigen Nachwuchses ist um so notwendiger, als die Innungen ihre Pflichten auf diesem Gebiet erfahrungsgemäß stark vernachlässigen. Die Behandlung der Lehrlingsfrage auf dem Gewerkschaftskongreß wird dazu beitragen, daß die Lösung dieser Frage mit erhöhtem Eifer in Angriff genommen werden wird.

Der Nürnberger Gewerkschaftskongreß hat eine recht umfangreiche Tagesordnung zu erleben, und es handelt sich durchweg um Fragen, welche die Interessen der Arbeiterschaft auf das lebhafteste interessieren. Der Umstand, daß Probleme zur Erörterung stehen, über welche die Meinungen zum Teil noch recht weit auseinandergelassen, läßt vermuten, daß es zeitweilig lebhafteste Auseinandersetzungen geben wird. Das wäre kein Unglück; im Gegenteil, man kann nur wünschen, daß die verschiedenartigen Auffassungen zum Wort kommen.

Diskussionen, die sachlich scharf, persönlich aber konziliant geführt werden, fördern die notwendige Klarheit, und es darf erwartet werden, daß dieser Top auf dem Kongreß vorherrschen wird. Haben doch alle Teilnehmer das gemeinsame Interesse, die Wohlfahrt der Arbeiter und das Gedeihen der Gewerkschaften zu fördern. Wir hoffen, daß der Gewerkschaftskongreß in Nürnberg ein Markstein in der Entwicklung der Gewerkschaften werden wird.

(„Holzard.-Btg.“)

## Teuerungszulagen- und Ferienbewegung.

### München.

Daß das Hilfspersonal der Buchdruckereien Münchens keine Lust mehr verspürt, sich noch länger als zweite Klasse von Menschen von den Unternehmern betrachtet zu sehen, bewies die demonstrativ besuchte Versammlung am 12. Juni, die mit Unterstützung die Vorschläge entgegennahm, die die Buchdruckereibesitzer Münchens der Lohnkommission in einer am selben Tage stattgefundenen Sitzung unterbreitet hatten. Anstatt, wie verlangt, dem Hilfspersonal, das doch unter der gleichen Teuerung wie die Gehilfen ungleich schwerer leidet, dieselben Teuerungszulagen wie den Buchdruckern zu geben, verweigerten sich die Prinzipale auf einen angeblich in Leipzig bereits vollzogenen Abschluß, der für die männlichen Hilfsarbeiter 10.— Mk. für gelernte weibliche Hilfsarbeiter 8.— Mk. und für Lernende 5.— Mk. an neuer Teuerungszulage vorsah. Diese Verhöhnung des Hilfspersonals, denn als nichts anderes kann ein solches Angebot bezeichnet werden, wurde einstimmig zurückgewiesen, jedoch, um den guten Willen zu zeigen, den Prinzipalen eine Frist von 24 Stunden aufgegeben, um in einer Vollversammlung den außer den Kommissionsmitgliedern vorhandenen Buchdruckereibesitzern den Ernst der Situation, über den wir keinen Zweifel ließen, vor Augen zu führen. Glauben nun die Herren Arbeitgeber nicht an die Solidarität der Hilfsarbeiter oder glaubte man unter dem neuen schärferen Regime, das seit kurzer Zeit im Bereich Münchener Buchdruckereibesitzer vorwalt, besser zu fahren, wenn man den Kampf heraufbeschwört, kurz, das neue Angebot am Freitag, den 13. Juni, das 12.— Mk. für die verheirateten und 10.— Mk. für die ledigen Hilfsarbeiter und 9.— Mk. für die gelernten weiblichen und 6.— Mk. für die ungelerten weiblichen Hilfsarbeiter vorschlag und entgegen dem Vorschlag des Tages vorher, wovon nichts noch eine Rückwirkung auf die erste Juniwoche vorgesehen war, jetzt provokatorisch erst vom 21. Juni an die neuen Zulagen zur Auszahlung bringen wollte, schlug dem Fraß den Boden aus. Selbst der Vorschlag des Vorsitzenden unserer Zahlstelle, sich bei Ablehnung an die vierzehntägige Kündigungsfrist zu halten, fand bei der über alle Maßen ob des unverschämten Angebotes erregten Kollegenschaft kein Gehör mehr. Einstimmig wurde beschlossen, unverzüglich in allen Betrieben die Arbeit ruhen zu lassen, bis man auch seitens der Arbeitgeber die Forderungen der Hilfsarbeiter besser zu würdigen versteht. So kam es, daß am Tage vor den Gemeindevorwahlen am Morgen keine Zeitungen erschienen. Erst nach allerding sofortiger schriftlicher Anerkennung unserer Forderungen in den Zeitungsbetrieben entschloß sich unsere Kollegenschaft, an die Arbeit zurückzukehren und ermöglichte dadurch, daß — wenn auch mit Verpätung — die Tageszeitungen noch am Samstag, den 14. Juni, erscheinen konnten. Einig und geschlossen, wie eine Solidarität der Arbeiterschaft nicht besser befundet werden konnte, blieben unsere übrigen Kollegen und Kolleginnen der Arbeit fern. Leider haben ja auch bei dieser Bewegung einzelne Buchdrucker geglaubt, Hausmeisterdienste leisten zu müssen und mit Lehrlingen die Arbeit rauh zu bringen versucht. Aber auch dieser Umstand machte das Hilfspersonal nicht wankend. Die Prinzipale wandten sich nun an den Schlichtungsanspruch, der nach dreistündiger scharfer Auseinandersetzung — bei der interessant war, daß der Geschäftsführer der Arbeitgeber erklären konnte, daß ein Buchdrucker des Tarifschiedsgerichts in München erklärt habe, wenn die Hilfsarbeiter 20.— Mk. wie gefordert erhalten, die Gehilfen mehr fordern würden, — am 17. Juni folgenden Schiedspruch fällte:

Männliche verheiratete Hilfsarbeiter erhalten pro Woche	20.— Mk.
Männliche ledige Hilfsarbeiter erhalten pro Woche	18.— Mk.
Weibliche gelernte Hilfsarbeiter erhalten pro Woche	14.— Mk.
Weibliche ungelernete Hilfsarbeiter erhalten pro Woche	10.— Mk.

Entschuldigungsbeihilfe, soweit nicht schon ausbezahlt, wird nicht gewährt. Der Urlaub wird festgelegt, wie er in dem zwischen dem Hauptvorstand der Lithographen und Steinbruder und den Steinbrudereibesitzern vereinbarten Zentraltarif festgesetzt ist und beträgt nach einjähriger Beschäftigung vier Tage, nach dreijähriger Beschäftigung sechs Tage und nach sechsjähriger Beschäftigung neun Arbeitstage. Wo bessere Urlaubsbedingungen bestehen, dürfen Verschlechterungen nicht eintreten. Die Nachbezahlung der Teuerungszulagen erfolgt ab 9. Juni. Die Arbeit wird am Mittwoch, den 18. Juni, wieder aufgenommen, die Streiktage werden nicht bezahlt.

Während die Prinzipale den Schiedspruch anerkannten, lehnte das Hilfspersonal denselben ab, wenn nicht für die weiblichen gelernten 16.— Mk. für die weiblichen ungelerten Hilfsarbeiter 12.— Mk. bezahlt würden. Da aber ein weiteres Entgegenkommen seitens der Buchdruckereibesitzer ohne verschärften Kampf, in den auch dann wohl oder übel die Buchdrucker mit hereinbezogen worden wären, nicht zu erwarten war, außerdem die Prinzipale erklärten, daß laut telegraphischer Anfrage in Berlin auch dort zu dem im Schiedspruch festgesetzten Beträgen abgeschlossen worden sei, hielt es der Vorsitzende nicht mehr für gegeben, in der wirtschaftlich schweren Zeit eine weitere Schädigung des Gewerbes wegen der geringen Differenzpunkte zu verantworten und fand dann auch Verständnis, daß mit übergroßer Mehrheit der Schiedspruch angenommen wurde. Wo nicht besondere Verhältnisse es unmöglich machten, wurde dann am Mittwoch, den 18. Juni, die Arbeit wieder aufgenommen, allgemein aber wurde am Freitag, den 20. Juni, da Donnerstag gefeierter Feiertag war, die Arbeit wieder fortgesetzt.

Besonders erwähnt sei, daß die am Mittwoch, morgens 8 Uhr, tagende Versammlung einstimmig einverstanden war, daß alle weiblichen Kollegen, die nun über 30.— Mk. verdienen — und das sind im Buchdruck alle —, auch denselben Beitrag bezahlen, den die männlichen Kollegen bezahlen, in der Voraussetzung, daß wir für die später zu erwartenden Kämpfe auch einen richtigen Kampffonds haben müssen. Sind die Erwartungen auch nicht alle erfüllt, so verzagt das Münchener Hilfspersonal deshalb nicht, sondern wird sich nur noch fester an den Verband anschließen und, wenn notwendig, beweisen, daß das bisher so verächtlich behandelte Hilfspersonal für seine berechtigten Forderungen auch in Zukunft zu kämpfen wissen wird.

### Stuttgart.

Bei den am 10. und 11. ds. Mts. stattgehabten Verhandlungen zwischen den ordnungsgemäß bestellten Vertretern der unten genannten Vereinigungen wurden in bezug auf:

Neue Teuerungszulagen,  
Bezahlung von Ueberstunden und  
Regelung von Urlaubsgewährung  
folgende rechtsgültige Vereinbarungen getroffen:

Es erhalten rückwirkend vom 19. Mai d. J. ab:

a) ledige männliche Hilfsarbeiter bis 16 Jahre in der Woche	8.— Mk.
ledige männliche Hilfsarbeiter über 16 bis 20 Jahre in der Woche	10.— Mk.
ledige männliche Hilfsarbeiter über 20 Jahre in der Woche	12.— Mk.
verheiratete männliche Hilfsarbeiter in der Woche	14.— Mk.
b) weibliches Hilfspersonal im Alter bis 16 Jahre in der Woche	8.— Mk.
weibliches Hilfspersonal über 16 bis 20 Jahre in der Woche	10.— Mk.
weibliches Hilfspersonal über 20 Jahre in der Woche	12.— Mk.
c) Rotationshilfsarbeiter in Zeitungsbetrieben: von 16 bis 20 Jahren in der Woche	12.— Mk.
über 20 bis 24 Jahre in der Woche	15.— Mk.
über 24 Jahre in der Woche	17.— Mk.

Die Bezahlung der Ueberstunden erfolgt sinngemäß auf Grund der Abmachungen, wie sie in der Bekanntmachung des Reichsarbeitsamtes vom 26. Mai ds. J. für die Gehilfenchaft des deutschen Buchdruckgewerbes niedergelegt sind.

Vorstehende Vereinbarungen haben Gültigkeit bis zum 31. August d. J.

In bezug auf Gewährung von Urlaub wurde vereinbart:

Bei einer Beschäftigungsdauer von:	
1 Jahr im Betrieb	3 Tage Urlaub
5 Jahren im Betrieb	6 " "
10 " "	10 " "
15 " " und mehr im Betrieb	10 " "

In übrigen sollen in bezug auf die Beiten, in denen der Urlaub zu erteilen ist, die Bestimmungen für die Gehilfenchaft maßgebend sein. Höher bestehende ungünstigere Urlaubsverhältnisse sollen hiervon nicht berührt werden andererseits soll diese



Regelung des Urlaubs nur insoweit bindend sein, als eine allgemeine tarifliche Regelung noch nicht stattgefunden hat.

### Hannover.

Mit großer Spannung hatte die Kollegenschaft hier am Orte auf das Resultat der Verhandlungen im Tarifamt der Buchdrucker gewartet; war ihr doch bei der letzten Feuerungszulage versprochen worden, das Geld, was in Berlin mehr bewilligt wird als die bisher gezahlten Sätze, solle restlos nachbezahlt werden! Bewilligt waren hier Anfang Mai 12.—Mk. Feuerungszulage für männliche und 5.—Mk. für weibliche Kollegen. Davon sollte aber nur die Hälfte angerechnet werden. Wohl bemerkt: das war uns in einer Sitzung mit den Prinzipalen unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Weber-Hannover fest versprochen und zugesichert. Das Berliner Resultat wurde bekannt, die Gehilfen bekamen ihre Nachzahlung, nur uns Hilfsarbeiter hatte man vergessen. Die Unternehmer haben ja bekanntlich immer ein kurzes Gedächtnis, wenn es sich um Versprechen gegenüber der Arbeiterschaft handelt. Wir hatten aber nichts vergessen und baten sofort um Nachricht, wie sich die Herren zu der neuen Bewilligung in Berlin stellten. Prompt kam Antwort, wir möchten zu Verhandlungen erscheinen. Wie diese Verhandlungen ausfielen? Davon will ich lieber schweigen. Man bot uns ein paar lumpige Mark und dazu die üblichen Redensarten: das Gewerbe verträgt es nicht, die Duben müssen bald stillgelegt werden. Die Mitgliederversammlung, der dieses Angebot vorgelegt wurde, es waren in Zahlen ausgedrückt 6.—Mk. und 8.—Mk.; lehnte einstimmig ab und forderte sofort neue Verhandlungen. Wenn nicht vor bejourneter Seite zur Ruhe gemacht werden, es wäre schon in dieser Versammlung zum Streikbeschluss gekommen. Am dritten Pfingsttag fanden dann neue Verhandlungen statt. Von unserer Seite waren dazu die Kollegen Spatuhl, Wambacher, Hille erschienen, die Prinzipale waren durch ihren Vorstand vertreten. Es wurde von uns sogleich betont, wir wollen kein Feilschen um ein paar Mark, sondern restlose Bezahlung. Unser festes Auftreten bewirkte dann auch, daß man diesmal zu ganz anderen Zugeständnissen bereit war. Abgeschlossen wurden dann folgende Sätze: Zu den bewilligten 12.—Mk. resp. 5.—Mk., die ab 5. Mai bezahlt werden, kommen noch folgende Sätze: für Zeitungsbetriebe 18.—Mk. für männliche, 9.—Mk. für weibliche Kollegen; für gemischte Betriebe 9.—Mk. für männliche, 6.—Mk. für weibliche Kollegen, rückwirkend zu zahlen ab 5. Mai. Dazu für beide Teile gleiche Ferien, die betragen nach einem Jahre vier Tage, nach drei Jahren sechs Tage, nach zehn Jahren neun Tage. Es war so zwar nicht unsere ganze Forderung bewilligt, aber das Erreichte war zufriedenstellend. Die Kollegenschaft nahm in einer Versammlung hierzu Stellung und gab sich mit dem Erreichten zufrieden, wenn auch von allen Seiten bittere Klagen laut wurden, daß die Prinzipale ständig versuchen, von unseren berechtigten Forderungen etwas abzuhacken. Die Stimmung der Versammlung wurde dann in folgender Resolution zum Ausdruck gebracht:

Die gut besuchte Versammlung der Buch- und Steinruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, welche am 14. Juni im Gewerkschaftshaus stattfand, nimmt Kenntnis von dem Angebot der Prinzipale. Sie bejaht lebhaft, daß die durchaus bescheidenen Forderungen nicht vollständig bewilligt wurden, sondern wieder ein Teil abgegriffen ist. Die Versammlung nimmt das Angebot an, erwartet aber bestimmt, daß der nichtbewilligte Teil in kurzer Zeit nachgeholt wird, um dem Hilfspersonal die Möglichkeit zu geben, die Feuerungsschwierigkeiten besser überwinden zu können. Sie erwartet ferner, daß der Vorstand des Buchdruckervereins in kürzester Zeit mit dem Hauptvorstand des Verbandes der Buch- und Steinruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands in Verbindung tritt zwecks Abschluß eines Reichstarifes, wodurch endlich die teilweise recht große Differenz der Löhne der einzelnen Betriebe ausgeglichen wird. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, in jeder Hinsicht dahin zu wirken, daß das Bewilligte bezahlt wird, ebenfalls auch wegen der Ferien Vorforgere zu treffen, damit kein Mitglied um sein Recht kommt. Die Versammelten fordern die wenigen noch nicht Organisierten auf, sich dem Verband anzuschließen, damit sie nicht als Schwarzer immer da ernten, wo andere säen. Die Versammelten geloben, treu zur Organisation zu halten, da sie den Verein erblickt hat, daß nur Einigkeit zum Ziele führt.

So wäre denn diese Bewegung glücklich wieder beendet; hoffentlich ist die Zeit nicht mehr allzu fern, wo dem Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht in Arbeits- und Lohnfragen gegeben wird, damit

dies Feilschen und Schachern ein für alle Mal ein Ende hat. Die zukünftige sozialistische Republik darf solche Zustände nicht mehr bestehen lassen, wir Arbeiter wollen keine bezahlte Ware mehr sein, sondern als die Schaffer aller Werte auch den Gewinnanteil am Produkt haben.

### Bielefeld.

Am 26. Mai fand eine Verhandlung mit dem Arbeitgeberbund im Vereinshaus statt, wo folgender Tarif zustande kam:

#### Lohnstarif

für die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Buch- und Steinrudereien Bielefelds.

Lohnsätze für männliches Personal.		
Im Alter von 14 Jahren	pro Woche	21.—Mk.
" " " 15	" " "	24,50 "
" " " 16	" " "	27,50 "
" " " 17—18	" " "	34.— "
" " " 19—20	" " "	39.— "
" " " 21—24	" " "	44.— "
" " " 25—28	" " "	50.— "
" " " über 28	" " "	58.— "
Verheiratete über 25 Jahre pro Woche	65.— "	
Nacharbeiter pro Woche	6.—Mk. mehr.	

Für obige Sätze kommen in Betracht: Saalarbeiter, Kellerarbeiter, Fahrer, Absieher, Aufzähler, Formwäscher, Fäher, Papier Schneider, Anleger, Fahrstuhlführer, Rader, Martthelfer, Kutscher, Verleger und Lagerarbeiter.

Lohnsätze für weibliches Personal.		
Im Alter von 14 Jahren	pro Woche	20.—Mk.
" " " 15	" " "	22.— "
" " " 16	" " "	25.— "
" " " 17—18	" " "	27.— "
" " " 19—20	" " "	30.— "
" " " über 20	" " "	33.— "
Anlegerinnen erhalten pro Woche	2.—Mk. mehr.	

Verheiratete erhalten in den ersten sechs Wochen 15.—Mk. pro Woche, in den nächsten vier Wochen 18.—Mk. pro Woche und in den nächsten drei Wochen 20.—Mk. pro Woche; nach 13 Wochen den für das Alter festgesetzten Satz.

Akkordlöhne sollen den Wochenlöhnen angepaßt werden.

#### Ferien.

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Unterschied der Beschäftigung erhalten einen Erholungsurlaub, und zwar nach dem zweiten Jahre der Beschäftigung drei Arbeitstage, nach drei bis vier Jahren der Beschäftigung fünf Arbeitstage und nach fünf Jahren Beschäftigung sechs Arbeitstage.

#### Feiertagsbezahlung.

Abzüge für landesgesetzliche, von den Behörden oder vom Geschäft angeordnete Feiertage sind nicht zulässig. Ein Umgehen dieser Bestimmung durch Entlassungen an den Vorabenden von Feiertagen und Wiedereinstellung nach den Feiertagen ist unzulässig.

#### Ueberstunden-Bezahlung.

Für Ueberstunden wird folgender Aufschlag bezahlt: an Werktagen für die ersten beiden Stunden 25 Prozent, für die folgenden beiden Stunden 33 1/2 Prozent, für Nachtarbeit 50 Prozent; an Sonntagen für Reinigungsarbeit 50 Prozent, für produktive Arbeit 75 Prozent; am ersten und zweiten Oster-, Pfingst- und Weihnachtstfeiertage 100 Prozent.

#### Entschuldigungsbeihilfe.

Es ist eine einmalige Entschuldigungsbeihilfe zu zahlen, und zwar an männliche Arbeiter über 18 Jahre im Betrage von 40.—Mk., bis zu 18 Jahren im Betrage von 20.—Mk., an Arbeiterinnen über 18 Jahre im Betrage von 20.—Mk., bis zu 18 Jahren im Betrage von 10.—Mk.

Vorstehende Sätze sind vom nächsten Zahltag ab zu zahlen. Dieser Tarif gilt bis zum 31. August dieses Jahres und läuft stillschweigend je ein Vierteljahr weiter, wenn er nicht vier Wochen vor Ablauf von einer Seite gekündigt wird. Sollte vor dem 31. August d. J. durch einen Reichstarif eine andere Tarifregelung stattfinden, so endet die Vereinbarung.

Die Firmen C. Gundlach Mt.-Ges. und Julius Dvib, mit denen im März d. J. ein Vertrag über Feuerungszulagen abgeschlossen wurde, weigerten sich, den vorstehenden für ganz Bielefeld gültigen Tarif anzuerkennen. Der Schlichtungsausschuß entschied am 6. Juni, daß auch sie zur Anerkennung verpflichtet sind. Nachdem sie sich trotzdem nicht dazu bequemen konnten, dem Schiedsgericht Rechnung zu tragen, fand am 17. Juni früh eine Protestversammlung statt, die für den nächsten Tag Verhandlungen mit den beiden Firmen erzwang. An diesen nahm auch der Reichstammislar teil, und es wurde bemerkt, daß die Tarifanerkennung erfolgte, so daß der abgeschlossene Tarif jetzt in allen Betrieben eingeführt ist.

### Plauen i. Vogtl.

Erst nach einer zweimaligen Aufforderung durch unseren Gauleiter und nach einem Schreiben unseres Ortsvorsitzenden bequamen sich die hiesigen Prinzipale, am 16. Juni mit unserer Lohnkommission über die aufgestellten Forderungen zu verhandeln. Nach längeren Auseinandersetzungen ist schließlich vereinbart worden, daß den männlichen Hilfsarbeitern 15.—Mk. und den weiblichen 7,50 Mk. wöchentliche Feuerungszulage mit Rückwirkung vom 1. Juni ab bezahlt wird. Recht hartnäckig zeigten sich die Druckereibesitzer gegenüber den Ferienforderungen, bis sie sich schließlich bereit erklärten, bei ein- bis dreijähriger Geschäftszugehörigkeit einen Tag, bei drei- bis sechsjähriger drei Tage und bei über sechsjähriger sechs Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes zu bewilligen. Diese Abmachungen sollten auf Wunsch der Prinzipale bis Ende dieses Jahres Geltung haben, was von unserer Kommission mit Rücksicht auf die minimalen Zugeständnisse ganz entschieden zurückgewiesen wurde. Wir haben leblich zugestanden, daß bis 31. August neue Forderungen nicht gestellt werden sollen. Unter Berücksichtigung dessen, daß unsere hiesige Zahlstelle erst seit März d. J. wieder besteht, und daß bereits zum zweiten Male Lohnaufbesserungen mit Hilfe der Organisation erlangen werden konnten, ist dieser Abschluß immerhin ein ganz nennenswerter Erfolg. Wenn die Kollegenschaft Plauens noch hinter den Lohnverhältnissen anderer Orte zurücksteht, dann hat sie sich selbst zuzuschreiben, weil sie solange glaubte, auf das Bestehen einer Organisation verzichten zu können. Nach diesem jüngsten Erfolg wird es wohl allen einleuchten, welche Kraft dem gewerkschaftlichen Zusammenschluß inne wohnt, und es wird nicht lange dauern, bis auch die Verhältnisse in den Druckereien Plauens sich würdig an die Seite anderer Orte stellen können. In der Versammlung, die den Bericht über die Verhandlungen entgegennahm, wurde dem Abschluß nach kurzer Aussprache zugestimmt. Vom Vorsitzenden des Maschinenmeistervereins wurde unser Erfolg begrüßt und uns die jederzeitige Unterstützung der Gehilfen in organisatorischer Beziehung zugesagt.

### Korrespondenzen.

Dresden. Am 15. Juni fand eine sehr zahlreich besuchte Versammlung des Buchdruckerhilfspersonals statt. Ueber den Verlauf der Lohnbewegung berichtete Kollege Herrmann. Mit sichtlicher, aufmerksamer Spannung verfolgten die Anwesenden die Vorlesung dieser Briefschaften. Sehr auffallend wurde dabei bemerkt, daß sämtliche Dresdener Tageszeitungen fristgemäß geantwortet hatten, jedoch die „Dresdener Volkszeitung“ es bisher nicht für notwendig gehalten hat, uns einer Antwort zu würdigen. Inhaltlich sind die Antworten ganz gleich abgefaßt. Ein Schreiben des Vorsitzenden vom Dresdener Buchdrucker-Verein, welches die Abzügen-Druckereien besonders vertritt, kritisiert unsere Forderungen in bezug auf Form und Höhe und betont hauptsächlich, daß sich seit Ende März bis dato nichts wesentlich geändert habe und daß wir schon wieder kommen, nachdem erst kürzlich die Feuerungszulagen-Angelegenheit geregelt worden sei. Die Zeitungsdruckereien, denen natürlich das ungehinderte Erscheinen ihrer Blätter als erstes Interesse gilt, haben sich bereit erklärt, vom 7. Juni ab zehn Prozent Zulage zu gewähren und bereits teilweise ausgezahlt, was natürlich unter Vorbehalt von unseren Mitgliedern angenommen worden ist. Zu der schriftlichen Angabe, daß sich seit März nichts wesentlich geändert habe, nahm Kollege Herrmann mit scharfen Worten Stellung, und auch die Versammlung gab ihrer Erregung und ihren Unwillen demonstrativ durch Zurufe zu erkennen. Kollege Herrmann betonte, daß die Vertenerung noch weiterhin ansteigen wird und daß vor der Ernte die notwendigen Lebensmittel, Brot und Kartoffeln, für das ärmere Volk keineswegs billiger werden. Auf der Grundlage des für das Steinrudereihilfspersonal abgeschlossenen Tarifes wäre die Prinzipalvereinbarung geneigt, mit uns zu verhandeln, weil diese Löhne geringer sind. Man müsse aber dabei berücksichtigen, daß im Steindruck der Geschäftsgang jetzt allgemein schlechter ist und es unmöglich war, seinerzeit noch mehr herauszuholen. Die wegen Tabakmangel fast gänzlich ruhende Zigarettenfabrikation bedeutet für dieses Gewerbe einen schweren Verlust, da verschiedene größere Druckereien fast ausschließlich Zigaretten-Druckungen bestellten. Im Buchdruck liegen die Verhältnisse, zumal in Zeitungsbetrieben, besser, und ist ein wiederholter Ausgleich durch Druckereibeschlüssen und Abwälzung der Mehrkosten auf die Besteller vorgenommen worden. Nachdem Kollege Herrmann noch besonders hervorhob, wie auch in diesem Falle die Druckereibesitzer

wieder Versuche machen, das Hilfspersonal mit geringeren Beträgen abzutun, wiewohl unsere Leute schon minimaler als die Gehilfen entlohnt werden, scheinen die Herren nicht daran zu denken, daß die Einkaufspreise für alle gleich sind und die Lohnzulagen gerechtfertigt auch in derselben Höhe für alle im Betrieb beschäftigten Personen bewilligt werden müßten. Die folgende Aussprache hierüber war sehr reger und gipfelte darin, daß sich das Hilfspersonal diese Zurücksetzung nicht gefallen lassen dürfe, sondern Kraft der gewerkschaftlichen Organisation auf alle Fälle versuchen müsse, die Forderungen, vielleicht in etwas veränderter Form, auch durchzubrüden. Einzelne Redner waren für ArbeitsEinstellung, indem durch Stellung eines kurzfristigen Ultimatum's sofortige Erklärung der Prinzipale verlangt wurde. Von einigen Kollegen wurde vor diesem äußersten Mittel gewarnt. Um Nachteile von unsern Mitgliedern abzuwenden, müsse der Instanzenweg eingehalten werden, damit wir uns Vorwürfe eriparen und auf legalem Wege unser Ziel erreichen. Nach längerem Für und Wider ergriff Kollege Herrmann nochmals das Wort und schlug vor, unsere Forderungen in etwas zu ermäßigen und das den Prinzipalen mit dem Ersuchen um Entschädigung innerhalb dreier Tage sofort bekanntzugeben. Dieser Vorschlag wurde einstimmig gutgeheißen. Die übrigen Punkte der Forderungen hinsichtlich der Rückzahlung ab 5. Mai sowie die Ferienfrage blieben unberührt. Zum Schluß wurde noch auf die Frühjahrspartie aufmerksam gemacht und um zahlreiche Beteiligung ersucht. Mit einem Hoch auf unsere Zahlstelle und den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

**Duisburg.** Die am 10. Juni tagende Mitgliederversammlung nahm den Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegen. Die Zeitungsverleger hielten es nicht für nötig, irgendeine Antwort zu erteilen. Es wurde beschlossen, zum 12. Juni eine öffentliche Versammlung einzuberufen. In der Bezirkskassiererrinnen wurden für Duisburg-Neudorf die Kollegin Mayer, Harolstr. 65, für Hochfeld die Kollegin Bolltraß, für Hamborn die Kollegin Unbehauen gewählt. Einstimmig beschlossen wurde die Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pf. pro Woche. Der Beitritt zum Gewerkschaftstarell wurde als selbstverständlich betrachtet.

**Duisburg.** Die am 12. Juni tagende öffentliche Versammlung nahm erneut Stellung zu dem Verhalten der Zeitungsverleger. Da eine Antwort von keinem Verlag eingegangen war, wurde betriebsweise festgestellt, ob eine Zulage erfolgt sei. Bei der „Kölnischen Zeitung“ waren statt der geforderten 20 Pf. 5 Pf. zugelegt worden. Die Kollegen beschlossen einstimmig, zum 13. Juni früh in den Streik einzutreten. Die Kolleginnen des „Generalanzeigers“ stellten ihre Forderungen zurück, da die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen Forderungen gestellt haben. Die Kolleginnen der „Niederrheinischen Nachrichten“ hatten sich schon in der Mitgliederversammlung am 10. Juni begnügt. Anders bei der „Rhein- und Ruhrzeitung“. Gefordert waren am 19. Mai 50 Prozent. 28 Pf. wurden bisher für zweimal täglich Ausstragen monatlich pro Abonnent gezahlt, zugebessert hatte die Firma 7 Pf. Die Kolleginnen stimmten per Stimmgabel ab, am 13. Juni früh das Ausstragen der Zeitung unterbleiben soll. 22 Stimmen waren für, vier Stimmen waren gegen den Streik. Die Streikposten waren schon früh nach 3 Uhr auf den Beinen. Doch auch die Polizei war dem Rufe der Firma gefolgt, und es war wirklich ein Schauspiel für Götter, als zehn Schutzleute an den Strakenenden sich postiert hatten. Genau wie anno dazumal, wo noch kein Mensch an Revolution und dergl. dachte. Eine Hilfschutzmann wollte unserem Vorsitzenden das Streikpostenstehen verbieten, bis dieser energisch erklärte, daß sein Tun gesetzlich erlaubt sei. Es dauerte nicht lange, da erschien auch Herr Direktor Spät von der „Rhein- und Ruhrzeitung“ und sprach mit dem Vorsitzenden, welcher am Tor Streikposten stand, dies sei Vergewaltigung, seine Botinnen seien zufrieden mit dem, was er ihnen zugelegt hätte. Es wurde dem Herrn bedeutet, daß das Gegenteil der Fall sei, auch wurde der Vorwurf der Vergewaltigung zurückgewiesen. Es erschienen aber einige rettende Engel in Gestalt von Arbeitswilligen, die hinten herum aus- und eingelassen wurden. Herr Direktor Spät versprach dann auch, zu tun, was er tun könne, worauf die Zeitungen ausgetragen wurden. Eine dreigliedrige Lohnkommission wurde tags darauf empfangen und ihr Zugeständnisse gemacht. Mit der Verbandsleitung wollte Herr Spät nicht verhandeln, obwohl er in den frühesten Morgenstunden auf öffentlicher Straße mit dem Vorsitzenden verhandelt hatte. Wenn nun auch mit Hilfe der Polizei und einiger schmieriger Elemente von Arbeitswilligen der Streik zunichte gemacht wurde,

ohne Erfolg ist derselbe nicht geblieben. Die Kollegen der „Kölnischen Ztg.“ standen wie ein Mann. Als der Zug um 8 Uhr früh von Köln kommend in Duisburg einlief und die Zeitungen auf dem Bahnsteig abgeladen wurden, kümmernten sich unsere Kollegen gar nicht darum. Es wurde der Verleger, Herr Schab, benachrichtigt, welcher auch erschien und es begann die Verhandlung an Ort und Stelle. Nach allerhand Ausreden wurden 5 Pf. von ihm mehr bewilligt; herzlich wenig für so eine Allerweltzeitung. Die Zeitungsträgerinnen gehören zu den schlecht entlohntesten Arbeiterinnen und ihre Lage wird sich nicht eher nennenswert bessern lassen, ehe sie sich nicht geschlossen um das Banner ihrer Gewerkschaft scharen.

## Audition.

**Zur Lage des graphischen Gewerbes in Hamburg.** Der soeben herausgekommene Geschäftsbericht der Drickrankenliste für die graphischen Gewerbe zu Hamburg zeigt uns erneut die erschütternden Wirkungen des Krieges. Betrug die Krankenziffer 1914 etwas über 41 Prozent der Gesamtmitglieder, so stieg diese Ziffer auf annähernd 59 Prozent im Jahre 1918. Das ist bei einer Klasse mit 5899 Mitgliedern eine schwere finanzielle Belastung, zumal das finanzielle Ergebnis der Klasse an sich als unbefriedigend bezeichnet werden muß. Zum ersten Male seit ihrem Bestehen hat die Klasse einen größeren Verlust zu verbuchen. Die Abnahme des Vermögens im Berichtsjahre 1918 beträgt 59 488,06 Mark. Die fortschreitende Schwächung des Gesundheitszustandes der gesamten Bevölkerung durch die schlechte Ernährung und durch Epidemien veranlaßt die erhöhte Inanspruchnahme der Klasse. Die Zahl der arbeitsunfähigen Kranken stieg gegen das Vorjahr bei einer nur wenig höheren Mitgliederzahl von 1982 auf 3248. Die Folge war eine gewaltige Steigerung der Ausgaben für Krankengeld, von 69 331 auf 154 789 Mk. Trotz Erhöhung des Grundlohnes und der Beiträge war ein Ausgleich unmöglich. Die Einnahmen stiegen um 95 863 Mk., während die Ausgaben eine Mehrbelastung von 142 314 Mk. verursachten.

Der Krankenstand der graphischen Arbeiter war im Berichtsjahre ein recht ungünstiger. Die Krankenziffer ist von 36 Prozent auf 58 Prozent gestiegen. Im letzten Jahrfaßt ergaben sich folgende Schwankungen:

	1914	1915	1916	1917	1918
Krankenziffer	41%	33%	34%	36	58 1/2%
Krankentage	19 1/2%	29 1/2%	27	26 1/2%	22 1/2%

Anmeldungen von Pflichtmitgliedern 6189, abgemeldet wurden 5875 Mitglieder; 686 traten freiwillig bei und 6883 traten wieder aus. In der sehr übersichtlich gestalteten Tabelle finden wir eine interessante Zusammenstellung der Sparten. An Buchdruckerpersonal — gelerntes und ungelernetes — zählte die Klasse der vereinigten graphischen Gewerbe Hamburgs 2229 männliche und 1678 weibliche Mitglieder; Lithographie und Steindruck 219 männliche und 209 weibliche Mitglieder; Lichtdruck 47 männliche und 56 weibliche Mitglieder; Schmalz 461 männliche und 151 weibliche; Schulpflichtige (Einleger Holen, Trägerpersonal) 140 männliche und 31 weibliche. — Die Krankheitsstabelle zeigt die niedrigste Ziffer in Heilungsgütung, mit einem Kranken in Tuberkulose-Erkrankungen mit 96 und in Infektionskrankheiten mit 488 Kranken.

Wäge sich die Lage der graphischen Arbeiter Hamburgs durch recht baldiges Erholen unseres Berufsstandes wieder so bessern, daß unsere Berufsangehörigen ihre Klasse nicht in Anspruch zu nehmen brauchen.

**Ein Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungsgewerbe.** Nach Berichten der Tagespresse hat am 17. Juni in Hannover eine von sämtlichen Verlegervereinigungen einberufene Versammlung von deutschen Zeitungsverlegern, in der 1352 Zeitungen vertreten waren, stattgefunden. Es wurde einstimmig die Gründung eines Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe beschlossen. Als erster Vorsitzender wurde Dr. Simon (von der „Frankfurter Zeitung“), als stellvertretende Direktor Müller (von der „Germania“, Berlin) und Dr. Sydow (Mülheim u. Co., Berlin) gewählt. Ueber die Tendenzen dieser neuen Arbeitgebervereinigung verläutet bisher noch nichts, wir glauben aber, daß man seiner Tätigkeit einige Aufmerksamkeit widmen müssen.

Wie die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen die Produktion erhöht, dafür liefert uns der bairische Landesgewerkschaft Dr. Koelsch mit seiner Arbeit „Gewerkschaftliche Erfahrungen aus den feindlichen Rüstungsindustrien“ in der „Öffentlichen Gesundheitspflege“ ein interessantes

Beispiel. Er zeigt uns darin u. a., in wie hohem Maße die alte gewerkschaftliche Forderung des Achtstundentages der Produktion dienlich ist. Zu Beginn des Krieges war die Ausnutzung der Arbeiter in den feindlichen Staaten, jener Arbeit zufolge, enorm. Sie hatten z. B. in den Vereinigten Staaten in 14 Monaten nur acht Ruhetage und selbst in Staatsbetrieben wurden in 14 Tagen 13 Schichten gemacht: 70 bis 90 Stunden in der Woche waren nichts Seltenes. Und was war die natürliche Folge dieser wahnwitzigen Ausnutzung der Menschkraft? Eine ganz gewaltige Steigerung der Krankheitsziffern, so daß es im Gegenlatz zu vorher fast Regel wurde, daß unter 100 Arbeitern acht krank waren. Als man dann durch diese Folgen lang gemacht endlich zu einer Herabsetzung der Arbeitszeit überging, ließ diese Krankheitsziffer sofort nach. Doch nicht nur das: es trat zugleich nicht nur keine Produktionsminderung, sondern eine erhebliche Steigerung der Produktion ein! Obwohl vorher sieben Schichten à zwölf Stunden gearbeitet wurde und nachher nur sechs Schichten à 10 1/2 Stunden (einschließlich 1 1/2 Stunden Pause), so produzierte in dieser Zeit doch die Hälfte (!) der Arbeiterkraft mehr Granaten, als vorher die ganze Delegation! In einer Formerei wurde ferner nach jeder Arbeitsstunde eine Viertelstunde Pause eingeschoben, doch erhöhte sich auch hier die Produktion trotz geringerer Arbeitszeit. Sodann wurde in einer Männerabteilung die wöchentliche Arbeitszeit von 68 1/2 auf 51 1/2 Stunden herabgesetzt; darauf stieg die Produktion um 21 Prozent! In einer Frauenabteilung setzte man die Arbeitszeit von 66 1/2 Stunden auf 45 1/2 Stunden herab und die Produktion stieg um neun Prozent. Und als man die Arbeitszeit in einer Knabengruppe von 72 1/2 auf 54 1/2 Stunden herabsetzte, stieg die Produktion auch hier, und zwar um drei Prozent. Daß das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Arbeitserfolg auch in den nichtproduzierenden Gewerben das gleiche ist, leuchtet ein, und es ist menschlich auch nur allzu verständlich. Und drum sollte man im Unternehmertum auch unsere anderen Forderungen mehr Aufmerksamkeit und Befolgung widmen, da sie, wie obiges überzeugende Beispiel lehrt, nicht nur in unserm persönlichen Interesse, sondern auch im Interesse unserer Arbeit sind!

## Eingegangene Zuschriften.

In der Buchhandlung „Vorwärts“ ist eine Broschüre mit dem Titel „Der Streik gegen die Arbeiter“ erschienen.

Drei von jeder agitatorischen Phrase, illustriert der Verfasser an praktischen Beispielen den verächtlichen Niederschlag der vorliegenden feindlichen Friedensbedingungen auf das Leben des deutschen Arbeiters.

## Verlagsankündigungen.

**Deinisch** (neu gegründet). Vorsitzender: August Kropp, Bruchstraße. — Kassierer: Adolf Lohrmann, Lagesstraße 33.

**Gegen i. B.** (neu gegründet). Vorsitzender: Karl Sellwig, Dalbenerstr. 80. — Kassiererin: Frau Hermine Wenzel, Breibekstr. 2 D.

**Silberstein.** Vorsitzender: Rolke Nordström, Geinrichstr. 2. — Kassierer: Fraulein Paula Ritzel, Bennistr. 23.

**Wagnis.** Vorsitzender: Fritz Vogt, Marthastr. 6. — Kassierer: Gustav Vogl, Poststraße 12.

**Wichtig!**

Am 17. Juni erschienen nach langem, schweren Drüben, das in sich die Fülle zugelegenen hat, unser Zeitschrift „Vorwärts“.

**Wichtiges Regel**  
(f. G. Rannig).

Ein oberes Merkmal darauf ist  
die Mitgliedschaft Christen.

Die nächste Nummer der „Schweizer“ erscheint am 12. Juli 1919. — Redaktionsbüro am 7. Juli 1919.